

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Ralf Seekatz (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Schweinepest

Die **Kleine Anfrage 473** vom 29. November 2011 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Verdachtsfälle von Schweinepest sind in den vergangenen fünf Jahren in Rheinland-Pfalz registriert worden (bitte Auflistung je Jahr und Region)?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung?
3. Wie gedenkt die Landesregierung aufgrund dieser Entwicklung künftig mit den Impfungen umzugehen?

Das **Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Dezember 2011 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Insgesamt wurden in den letzten fünf Jahren 25 Fälle von klassischer Schweinepest bei Wildschweinen in Rheinland-Pfalz festgestellt. Die Tabelle gibt hierzu eine Übersicht:

Region Jahr	2007	2008	2009	2010	2011
Eifel	1	0	0	0	0
Pfalz	0	0	8	0	0
Westerwald	0	0	16	0	0
Summe	1	0	24	0	0

Die jeweils letzten Fälle traten in der Eifel am 11. Juli 2007 in Antweiler (Kreis Ahrweiler), in der Pfalz am 30. April 2009 in Wald-fischbach (Kreis Südwestpfalz) und im Westerwald am 18. Juni 2009 in Erpel bzw. in Hanroth (beides Kreis Neuwied) auf. Der gefährdete Bezirk in der Eifel wurde im Frühjahr 2010 aufgehoben. Die letzten Fälle im Westerwald und in der Pfalz liegen über zwei Jahre zurück.

In den letzten fünf Jahren traten in Rheinland-Pfalz keine Fälle von Schweinepest bei Hausschweinen auf.

Zu Frage 2:

Die Bekämpfung der klassischen Schweinepest bei Wildschweinen verläuft sehr erfolgreich. Nach dem Auftreten im Jahr 2009 in den Regionen Westerwald und Pfalz wurde innerhalb von rund drei Wochen mit der oralen Immunisierung der Schwarzkittel begonnen. Durch den sehr schnellen Impfbeginn wurde eine weitere Virusausbreitung verhindert. Durch das gute Zusammenwirken mit den Jägern, die die Impfköder in Wald und Feld ausgebracht haben, konnten nur wenige Monate nach Beginn der Impfungen bereits die letzten Fälle verzeichnet werden.

b. w.

Die Entwicklung zeigt, dass ein schnelles Handeln (Impfung, seuchenhygienische Maßnahmen, flächendeckende Untersuchungen) beim Auftreten der Schweinepest zu einer Eindämmung des Seuchengeschehens führen kann. Parallel ist es wichtig, gute Untersuchungsdichten der Wildschweine in der Fläche und der Zeit zu haben, um das Geschehen auch statistisch belastbar bewerten zu können. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass es entscheidend ist, nicht zu früh aus der Wildschweinimpfung auszustiegen, damit es nicht zu Rückfällen kommt.

Im Westerwald muss das angrenzende Gebiet von Nordrhein-Westfalen mit in die Bewertungen der Lage einbezogen werden, da es sich um ein Seuchengeschehen und somit einen großen gefährdeten Bezirk handelt.

Zu Frage 3:

Die positive Entwicklung der Schweinepestlage lässt hoffen, dass ein Ausstieg aus der Impfung im Frühjahr 2012 möglich wird. Die Schweinepest-Experten aus Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und dem Friedrich-Loeffler-Institut haben sich kürzlich getroffen und das weitere Vorgehen abgestimmt. Sofern die Situation stabil bleibt, wird es eine letzte Doppelimpfung im Februar und März 2012 in der Pfalz und im Westerwald geben. Parallel wird Anfang 2012 ein deutscher Antrag bei der EU-Kommission in Brüssel eingereicht. Ziel ist die Aufhebung des gefährdeten Bezirks im Frühjahr 2012. Mit der Aufhebung des gefährdeten Bezirks werden die beiden Regionen in sogenannte Intensivmonitoringgebiete überführt, wie auch in der Eifel geschehen. In den Intensivmonitoringgebieten werden alle erlegten und tot aufgefundenen Wildschweine noch mindestens ein weiteres Jahr lang auf Schweinepest untersucht. Hierdurch wird das Restrisiko weiter gesenkt, dass sich das Schweinepestvirus noch unbemerkt unter der Impfdecke hält.

Die Seuchenlage lässt hoffen, dass es im Jahr 2012 gelingen kann, eine deutschlandweite Schweinepestfreiheit zu erreichen.

Ulrike Höfken
Staatsministerin